

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: Vom 1. Oktbr. ab in den Ausgabestellen monatl. 3.50 Zl., mit Zustellgeld 3.80 Zl. Bei Postbezug monatl. 3.89 Zl., vierteljährlich 11.66 Zl. Unter Streifenband in Polen monatl. 7.50 Zl. Danzig 2.50 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postfachkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 222

Bromberg, Sonnabend, den 29. September 1934

58. Jahrg.

Deutsches Erntedankfest.

Zum St. Michaelis-Tage am 29. September.

Von D. Hans von Lüpke.

Das Michaelisfest war ursprünglich das große Erntedankfest der Deutschen, der Abschluß des ganzen Naturjahres und seines Ertrages, darum auch Abrechnungs- und Nichttag, und es war auch der Tag der Toten, deren man beim Erlöschen alles Lebens in der Natur gedenkt. Das deutsche Volk war von jeher in seinem ganzen Wesen ein Bauernvolk. Alle seine Rechts- und Lebensanschauungen, all seine Glaubensvorstellungen bis in die letzten Gestaltungen des deutschen Lebens wurzeln darin, sind darum aufs tiefste verbunden mit der Natur und dem Jahreslauf, worin alles von göttlichen und dämonischen Kräften und Geistern erfüllt und belebt gesehen wird. Es ist das große „Stirb und Werde“, der immer neue Kampf des Lichtes mit der Finsternis, der das Jahr beherrscht und im Menschen zu seiner höchsten Ausprägung kommt. Diesen Kampf aber führt Wotan, der Herrscher des segnenden wie verderbenbringenden Wolkenheeres, des ganzen lebendigen Wachstums der Erde und zuletzt auch der Heldenjeden, die furchtlos in den Tod gehen und von ihm in den Siegesaal der Walhalla, in das Paradies des Lebens geleitet werden.

Das alles war ursprünglich viel weniger in Wort und Gedanken als vielmehr in Handlungen, im religiösen Kultus lebendig ausgedrückt, in den Flurumgängen des Frühjahrs, die unter Führung der Priester und unter Opfern den Segen herabflehen und dem Verderben wehren sollten, in dem festlich feierlichen, priesterlichen Beginn der Erntezeit als einer ganz und gar heiligen Feiertag. In Festkleidern, mit Kränzen und Blumen geschmückt, unter Gesang zog man zur Ernte hinaus. Mit Opferfeiern und mit Klappern zur Vertreibung der schädlichen Dämonen begleitete man sie. Siegend, triumphierend brachte man in der letzten Garbe oder in dem aus allen Früchten zusammengewundenen Erntekranz den göttlichen Geist des Feldes heim zu dem Herrn des Hofes. Er vereinigte und band nun im großem Opfermahle und Schmause alle Glieder und Mitarbeiter seines Hofes ebenso wie in einem Kranz zusammen, worin der Kleinste dem Größten gleich geehrt und als Glied einer Gemeinschaft geehrt wurde. Mit diesem Schlußfest des Jahres verließ das ganze Leben wieder in die schöpferische Urnacht, aus deren Dunkel die ewigen Sterne funkeln, bis aufs neue der Strahl des göttlichen Lichtes, der Siegfried mit seinem Speer, hervorbricht, um den Dämon der Finsternis, den Drachen, die alte Schlange, zu zerschlagen und das Erbreich mit neuer Fruchtbarkeit zu tränken und zum Leben zu erwecken.

Es ist geradezu wunderbar, mit welchem Feingefühl die christliche Kirche bei all ihrer unerbittlichen Bekämpfung des alten Heidentums gerade hier die alten Formen aufgenommen, mit neuem Geist erfüllt, ja auf den höchsten und letzten Ausdruck gebracht hat. Der alte Wotan wurde umgewandelt und verklärt in die Licht- und Heldenfigur des Erzengels Michael, der seine hellen Scharen zur endgültigen Entscheidung im Kampf mit dem Drachen zum Sieg des wahren Gottes über alle Dämonen führt und in der ewigen Gemeinschaft der Heiligen um Gottes Thron vereinigt. In ihm sah Luther mit Recht eine Verkörperung des Heilandes. Seine vollstimmliche Gestalt ergriff das deutsche Volk mit flammender Begeisterung; er wurde zum Schutzengel und Heerführer des deutschen Volkes erwählt und als Sinnbild und Vorkämpfer der ganzen Christenheit auf das Reichsbanner gepflanzt. Jesus Christus Sterben lebt und siegt als Kind des Vaters des reinen Lichtes, der seine Sonne aufgehen läßt über Böse und Gute und regnen läßt über Gerechte und Ungerechte, um ihnen allen das Brot der Erde und zugleich das Brot des Lebens, die reine, über alles Dämonische siegende Güte Gottes zu spenden; die Güte, die sich sterbend opfert und hingibt an die verlorene Welt, um sich selbst ihr als das himmlische Brot zu brechen und im Sakrament in Brot und Wein zur Speise des neuerstandenen unvergänglichen Lebens zu werden.

Welch ein Reichtum ist von da aus in die alten Erntefeste geflossen und hat sie siegreich, wenn auch nach manch schwerem Kampfe und mancher Zerstörung, zu wahrhaft gottesdienstlichen Feiern umgewandelt! Fromme christliche Feiern wurden die Bittumgänge um die Fluren mit Gesang und Gebet. Mit den Kirchenglocken wurde die Ernte feierlich ein- und ausgeläutet, ja wohl gar die ganze Erntezeit begleitet. Mit einer Besinnung der ganzen Gemeinde in der ersten Morgenfrühe wurde sie begonnen, teils in der Kirche, wohin alle im Arbeitszuge mit Sichel und Sense kommen, teils auf dem Felde selber, teils auch am Sonntag im Hauptgottesdienst als einer großen Ernteweihe. Noch heute begleiten in manchen Gegenden wiederholte Erntebestunden die ganze Erntezeit. Nach bösen Jahren konnten die Schnitter vor dem neuen reichen Erntefeld nach all dem Fluchen des vergangenen Jahres beschämt vor der immer wieder segnenden und vergebenden Güte Gottes in die Knie sinken. Die erste Garbe wurde feierlich diesem Schöpfer gebunden, der erste Erntewagen mit Gesang vor die Kirche geführt, das erste Brot in feierlicher Weise auf den Altar gelegt. Der Erntekranz

wurde dem Hausherrn feierlich dargebracht unter dem Liebes „Nun danket alle Gott“, das eigens als Erntelied gedichtet ist. Er wanderte nun auch in festlichem Zuge, getragen von blumengeschmückten Kindern, gefolgt von allen Gruppen der Gemeinde, mit Musik teils vom Felde nach einer gottesdienstlichen Feldfeier, teils vom Rathaus in die Kirche, wo er an der Kirchtür vom Pfarrer empfangen und unter dem Klang von „Nun danket alle Gott“ auf den Altar gelegt wurde zur Umrahmung der Bibel, das Brot der Seele umschließend als das Herz in dem Brot des Leibes. Er wurde wie im Hofe so auch in der Kirche aufgehängt als sinnfällige Predigt des ganzen Jahres und seiner Schicksale, wo er bis zum nächsten Jahre hängen blieb oder gar dauernd sich anreichte an alle die Kränze der früheren Jahre, als eine Gesamtschau des Waltens Gottes in allen Lebensjahren. Es wurde daraus auf protestantischem Boden ein eigenes kirchliches Erntedankfest, das, all die einzelnen häuslichen Feiern des Dorfes in sich vereinigte. Dabei werden neuerdings vielfach von den Kindern in feierlicher Handlung alle einzelnen Früchte in Garben und Körben mit einem frommen Sinnpruch gottesdienstlich dargebracht und am Altar oder Taufstein aufgebaut, und die Predigt braucht nur die Früchte reden zu lassen, die nachher den Armen ins Haus gebracht werden. Oder aber die ganze Gemeinde umwandelt zum Schluß feierlich den Altar, um auf ihm ihre Dankesgaben für die Bedürftigen niederzulegen.

Das aber ist der große Grundzug, den der christliche Glaube all diesen Feiern gegeben hat: der entscheidende Siege über alles Dämonische der heidnischen Gottesvorstellung und damit über alle knechtische Furcht. Das ist

eine siegreiche Durchführung des germanischen Heldentums. Die alten Götteropfer, die heiligen Erstlinge, werden nun dienend den Menschen dargebracht als der Gemeinschaft, in der Gott selber lebt und gefunden wird. Opfern zuerst dich selbst! Was ihr getan habt meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan. Das ewig zerrissene deutsche Volk hat sich hier als heilige Gemeinschaft gefunden. Das Michaelisfest ist so recht das deutsche Fest im Kirchenjahre geworden.

Die Neuzeit mit ihrem kapitalistischen, rechnenden Geiste hat viel davon zerstört. Die alten Bräuche, die so recht eine soziale Ehre und lebendige Gemeinschaft auch für den geringsten Tagelöhner und Knecht bedeuteten, wurden durch ein Trinkgeld abgelöst, das heilige „Liebe“ Brot Gottes nur nach dem Geldwerte bemessen. Es war die richtige Götterdämmerung, der Untergang des Lichtes und Lebens in dem Dämon des Gold- und Mammonsgelstes, der nach der altgermanischen Anschauung den Grund des Lebens, die Treue, zerbricht. Auch die Kirche hatte vielfach das Verständnis verloren und alles sinnfällig sprechende aus der Kirche beseitigt. Und dennoch: gerade in der Kirche hat man seit langem um die Rettung und Erneuerung dieser alten Anschauungen und Gebräuche gekämpft. Ist es nicht der Höhepunkt, auf den alles zusteigt, wenn die letzte dieser Feiern nach all der Darbringung der Früchte das deutsche Volk selber in Gestalt der Gemeinde vor den Altar ruft als die eigentliche und schönste Frucht, die Gott selber haben will: ein Volk, das sich liebend als sein Heiligtum so unauf löslich zusammenschließt, wie die Körner im täglichen Brote eins werden?

Die polnische Antwort überreicht.

Genf, 28. September.

Am Donnerstag vormittag hat Minister Beck dem französischen Außenminister Barthou die schriftliche Zusammenfassung der polnisch-französischen Gespräche über das Ostpaktprojekt eingehändigt. Die polnische Antwort soll, wie die Havas-Agentur mitteilt, vorläufig nicht veröffentlicht werden.

Soweit es sich, so heißt es in einem Kommentar der Havas-Agentur weiter, um den Inhalt dieser Antwort handelt, so muß man sich darauf beschränken,

daß sich die Polnische Regierung nach genauer Prüfung des Paktvorschlages und nach Abwägung der begründeten eigenen Interessen sowie der Interessen des allgemeinen Friedens nicht entschließen kann, dem Projekt in seiner gegenwärtigen Form ihre Zustimmung zu geben.

Die polnische Note enthält die Thesen, in denen die Polnische Regierung festzustellen versucht, daß Polens Beziehungen auf das Ziel gerichtet waren, freundschaftliche Beziehungen zwischen den europäischen Völkern zu unterhalten. Die Polnische Regierung beruft sich auf das französisch-polnische Bündnis, mit dem der mit der Sowjetunion abgeschlossene Nichtangriffspakt im Zusammenhang steht, sowie auf die zwischen Polen und dem Deutschen Reich ausgetauschte Gewaltverzichtserklärung. Die polnische Note untersucht dann das Problem, ob der Paktentwurf der gegenseitigen Hilfe Polen eine größere Sicherheit bringen könnte. Die Polnische Regierung bringt in dieser Frage ihre Zweifel vor und formuliert ihre Anschauung.

Die Note enthält nicht, so schließt die Havas-Meldung, formale Schlüsse und kann im Ergebnis nicht als eine endgültige Ablehnung des in Warschau vorgelegten Projekts angesehen werden. Man könne also sagen, daß sie zu künftigen Gesprächen zwischen den interessierten Regierungen den Weg offen lasse.

„Journal des Debats“ veröffentlicht in dieser Frage folgende Einzelheiten: Minister Beck, der am Donnerstag aus Genf nach Warschau abgereist ist, hat vor seiner Abreise den Auftrag gegeben, dem französischen Außenminister die schriftliche Über sicht einzuhändigen. Dem polnischen Außenminister handelte es sich darum, schriftlich das niederzulegen, was er dem französischen Außenminister in mündlichen Gesprächen vorzutragen Gelegenheit hatte.

Der Standpunkt Polens ist bekannt und in der Praxis negativ.

Minister Barthou hatte von vornherein nicht erwartet, daß Polen in der Note seinen Standpunkt ändere. Er wollte den Text haben, der ihm gestatten würde, den Ministerrat zu informieren und vielleicht später Deutschland bzw. Polen eventuell antworten zu können. Wir vermuten, betont das Blatt weiter, bei diesen Staaten keine von vornherein festgelegte Absicht, denn wir haben aus maßgebendsten Quellen die Versicherung erhalten, daß sich nichts ändern wird, soweit es sich um das polnisch-französisches Bündnis handelt. In der Übersicht, die dem Minister Barthou eingehändigt wurde, wird versucht zu erklären, daß das Paktprojekt der gegenseitigen Hilfe im Osten für Polen einen besonderen Vorteil nicht enthalte.

Polen ist der Meinung, daß es genügende Sicherheitsgarantien durch den Abschluß seiner Nichtangriffspakte er-

langt hat, die die Grundlage seiner Politik bilden. Polen glaubt nicht, daß das Ostpakt-Projekt in der ihm vorgelegten Form seine Lage stärken könnte, vertritt im Gegenteil den Standpunkt,

daß der Pakt in gewissen Fällen seine Position schwächen würde.

„Journal des Debats“ schließt: „Ohne Rücksicht darauf, welches die tatsächlichen Beweggründe des Standpunktes Polens sein mögen, die sich nicht immer entziffern lassen, kann man der Antwort Polens den Charakter eines großen Desinteresses nicht absprechen. Es scheint, daß jetzt nichts anderes übrig bleibt, als die Note zur Kenntnis zu nehmen, und zu erwägen, welche neue Form man dem Pakt geben soll, sowie sich zu überlegen, ob dieser Pakt auf Grund anderer Gegebenheiten bearbeitet werden kann.“

Verstimmung in der französischen Presse.

Paris, 28. September. (Eigene Meldung.) Die Antwort der Polnischen Regierung auf den französisch-sowjetrussischen Ostpakt-Plan wird von der Pariser Morgenpresse nur ganz vereinzelt besprochen, weil der Wortlaut dieser Antwort nur in ganz großen Zügen bekannt ist. Die Auffassung der Blätter geht allgemein dahin, daß man nicht mit einem Beitritt Polens rechnen dürfe.

So schreibt der „Petit Parisien“, Polen schließe zwar die Tür nicht vollkommen, öffne sie aber so wenig, daß wahrscheinlich nichts von dem geplanten Pakt eindringen könne.

Im „Echo de Paris“ beschuldigt Bertinax Polen, „mit Berlin und Budapest unter einer Decke zu stecken“. Es wende sich von den Völkern ab, die 1919 Europa nach dem Grundsatze der Nationalitäten aufbauen und mit ihrem Blut an der Wiederherstellung Polens mitgeholfen hätten. Es sei wahrscheinlich, daß der französische Außenminister jetzt um nähere Aufklärung bitten werde, insbesondere hinsichtlich der genauen Tragweite des deutsch-polnischen Abkommens, das einen so unscheinbaren Eindruck mache, aber in Wirklichkeit einen bedeutenden Platz in der polnischen Politik einzunehmen scheine. Der Außenminister des Blattes glaubt, den wesentlichsten Inhalt der polnischen Antwort in nachstehenden vier Punkten wiedergeben zu können:

1. halte Polen die Zustimmung Deutschlands zu den Paktvorschlagen für unumgänglich. Der Wortlaut des deutsch-polnischen Abkommens müsse restlos in den Pakt aufgenommen werden und ein besonderer Artikel müsse feststellen, daß dieses Abkommen in allen seinen Teilen weiter bestehen bleibe;
2. weigere sich Polen, gegenüber Litauen irgend welche Verpflichtungen zu übernehmen;
3. wolle es auch gegenüber der Tschechoslowakei keine Verpflichtungen übernehmen, ohne die Frage selbst einmal sehr eingehend geprüft zu haben. Polen werde aber auf keinen Fall Partei gegen irgend ein Land im Donaubekken ergreifen;
4. erkläre die Polnische Regierung, daß die Nichtangriffspakte und zweiseitigen Verträge genügt, um in Mitteleuropa den Frieden zu sichern und daß es deshalb nicht notwendig sei, ein neues Abkommen hinzuzufügen.

Zu dem Punkt 3 bemerkt Bertinax noch, Polen wünsche eben nicht, die tschechische Grenze gegen Ungarn zu garantieren und wolle unter keinen Umständen an irgendeiner Aktion gegen Ungarn teilnehmen.

Die Saarfrage vor dem Rat.

Nächste außerordentliche Sitzung am 15. November

Genf, 27. September.

Am Donnerstag nachmittag verhandelte der Völkerverbund über die Saarfrage. Der Vorsitzende des Dreier-Ausschusses Baron Aloisi erstattete zunächst Bericht über die bisherigen Vorarbeiten und Verhandlungen. Als besonders wichtig bezeichnete er die Frage der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Verstärkung der Polizeikräfte. Er erinnerte dann an die entsprechenden Beschlüsse des Rates, daß die Mitgliedstaaten der Regierungskommission die Anwerbung erleichtern sollten. Der Appell sei bereits von einer Anzahl Regierungen gütig aufgenommen worden, und der Ausschuss hoffe, daß die Regierungskommission ohne Schwierigkeiten zur Rekrutierung schreiten könne. Die Regierungskommission habe erklärt, sie wolle

nur eine Rekrutierung in beschränktem Umfang vornehmen in der Hoffnung, daß es sich nur um die Aufrechterhaltung der Ordnung unter normalen Verhältnissen handeln werde. Wenn es indes zu schweren Störungen komme, behalte sie sich vor, geeignete Maßnahmen zu treffen. Der Dreier-Ausschuss werde sich deshalb an die beiden Regierungen, an Deutschland und Frankreich, sowie an die Regierungskommission wenden, damit sie dem Sekretariat einen weiteren Geldbetrag zur Polizeiverstärkung überweisen. Der Bericht spricht weiter von der französischen Denkschrift, deren Studium der Ausschuss aufgenommen habe. Er habe sich zu diesem Zweck mit den beiden Regierungen in Verbindung gesetzt.

Der Berichterstatter erwähnt sodann die Unterredungen, die er mit dem deutschen Gesandten in Bern von Weizsäcker geführt habe. Der Ausschuss werde die Prüfung dieser Probleme in Verbindung mit den beiden Regierungen fortsetzen, um die bestehenden Schwierigkeiten beizulegen. Weiter erstreckt sich der Bericht auf

die Frage der Stellung der Beamten

nach der Volksabstimmung

und auf die Saaranleihe, die unter den augenblicklichen Umständen litt. Ferner befaßt sich der Bericht mit der Frage der Sozialversicherungen. Der Ausschuss behält sich vor, sich zur Erlangung weiterer Auskünfte an die französische und die Deutsche Regierung, sowie an die Saarkommission zu wenden. Der Berichterstatter schlägt dem Rat vor, diesen Bericht zu genehmigen.

Sodann nahm

Barthou

das Wort. Er sprach diesmal nicht frei, sondern verlas eine ausführliche Erklärung. Darin heißt es u. a.: Es handle sich um die Vorbereitung der Abstimmung und um die Fragen, die sich nach der Abstimmung ergeben. Der Ausschuss habe sich bereits mit der Polizeifrage befaßt, die von grundlegender Bedeutung sei, und es sei bedauerlich, daß man noch keine Lösung gefunden habe, da die Lage nach den Berichten der Regierungskommission ernst sei. Es sei deshalb notwendig, daß die Kommission bald eine entsprechende Vollzustimmung zur Verfügung habe, sonst seien Zwischenfälle zu befürchten. Die französische Regierung sei an dieser Frage besonders interessiert,

denn Frankreich könne in die Lage kommen, gewisse besondere Verantwortlichkeiten auf sich zu nehmen.

Aber es wünsch, daß jeder Anlaß zu einem solchen Eingreifen von vornherein ausgeschaltet werde. Dazu müßten die beiden Parteien loyal ihre Verpflichtungen erfüllen. Andererseits müsse die Regierungskommission die Mittel haben, um mit Zustimmung des Rates die Polizei zu verstärken. Er begrüße es, daß einige Staaten bereit seien, die Anwerbung zu unterstützen.

Auch die Aufgabe der Abstimmungskommission sei schwierig und er hoffe, daß sie ganz unabhängig tätig sein könne und daß die Stimmlisten sorgfältig geprüft würden. Er betone, daß sich Frankreich keiner der drei möglichen Lösungen widersetzen werde, sondern allen unparteiisch gegenüberstehe. Aber wenn die Abstimmung für die Aufrechterhaltung des bestehenden Regimes falle, müsse man dieses genau bestimmen. Die Vereinigung mit Frankreich oder die Rückkehr nach Deutschland werden einfacher zu lösen sein. Aber

die Beibehaltung des bestehenden Regimes müsse den Wählern klar sein und der Rat müsse für Aufklärungen sorgen.

Die Aufgabe sei dringend, damit die Wähler genau wüßten, was jede Lösung bedeute. Diese Frage müsse auf der kommenden außerordentlichen Ratstagung im November ge-

regelt werden. Die französische Regierung sei der Meinung, daß bei einer Entscheidung für die Beibehaltung des Regimes der Mitwirkung der Bevölkerung ein weites Spielraum gewährt werden müsse, und daß deren Wünsche berücksichtigt werden. Er habe sich bemüht, keinerlei Leidenschaft in die Erörterung hinein zu tragen trotz gewisser Dokumente der Abstimmungskommission hinsichtlich des auf die Bevölkerung ausgeübten Drucks. Die Saarfrage sei von außerordentlichem Ernst, ihre Konsequenzen müßten daher ohne Leidenschaft behandelt werden. Es müsse dafür gesorgt werden, daß gemäß dem Versailler Vertrag die Abstimmung frei und vertrauenswürdig sei. Frankreich werde nichts tun oder sagen, das diesen Grundsatz schädigen könne, es wolle aber, daß er unbeschränkt befolgt werde.

Hiernach erklärte Eden, in dem Bericht seien gewisse wichtige Fragen

nicht erwähnt. Er hoffe, daß der Rat bald instande sein werde, auch hierüber eine Entscheidung zu treffen. Danach schlug der Präsident Beneš vor, den Rat im November zu einer außerordentlichen Tagung zur Behandlung der Saarfrage einzuberufen. Als Datum wurde der 15. November bestimmt.

Wer tut Bütteldienst an der Saar?

Belgien, Italien und Litauen.

Die Informationsabteilung des Völkerverbunds veröffentlicht folgende Verlautbarung:

Der Völkerverbund hat durch eine Entschliessung vom 4. Juni 1934 beschlossen, der Regierungskommission des Saargebietes seine volle Unterstützung zu gewähren, für den Fall, daß diese es für nötig halten sollte, ausländische Personen anzuwerben, um durch sie die Polizei und die lokale Gendarmerie während der Abstimmungszeit zu verstärken.

Am 3. September hatte der Ratpräsident in einem Rundschreiben auf Bitten der Regierungskommission den Mitgliedstaaten des Völkerverbundes empfohlen, dieser Kommission ihre Mithilfe zu gewähren, um die Einzelanwerbungen für die Polizei und die lokale Gendarmerie im Saargebiet zu erleichtern. Der Generalsekretär hat nun die Antworten einiger dieser Regierungen auf sein Rundschreiben erhalten.

Die Belgische Regierung teilte mit, daß sie bereit sei, Einzelanwerbungen unter geeigneten belgischen Staatsbürgern nicht zu verhindern, „und gegebenenfalls zu erleichtern“.

Die Italienische Regierung hat erklärt, daß sie nicht verfehlen werde, der Regierungskommission des Saargebietes ihre Unterstützung zu gewähren, „indem sie im Gebiete des Königreiches die Verpflichtung italienischer Staatsbürger erleichtert“.

Die Litauische Regierung hat geantwortet, daß die Vorschläge, die vom Rat angenommen seien, die volle Beachtung der Litauischen Regierung gefunden hätten.

Unerwünschte Anwerbung

von Saarpolizisten in der Schweiz.

Bern, 25. September. (Eigene Meldung.) Das politische Departement gibt Dienstag früh zur Frage der Saarpolizei folgende amtliche Mitteilung heraus: Der Bundesrat prüfte in seiner Sitzung vom 24. September die Frage, ob den Schweizer Behörden erlaubt werden könne, Mannschaften für die Polizei und die Schutzmannschaft des Saargebietes anzuwerben zu lassen. Der Bundesrat stellte fest, daß die bestehenden Vorschriften keine Bestimmungen enthalten, die einen solchen Eintritt verbieten. Nichtsdestoweniger ist er nach gründlicher Prüfung dieser Frage zur Überzeugung gelangt, daß allgem. eine politische Überlegung und insbesondere die strikte Einhaltung der schweizerischen Neutralität es als wenig erwünscht erscheinen lasse, wenn Schweizer Bürger in der Zeit des Abstimmungsverfahrens der Polizei oder Schutzmannschaft des Saargebietes angehören. Das politische Departement ist deshalb beauftragt worden, dem Völkerverbund-Sekretariat mitzuteilen, der Bundesrat würde wünschen, daß die Regierungskommission des Saargebietes von sich aus darauf verzichte, in der Schweiz geeignete Kräfte zur Verstärkung der saarländischen Polizei oder Schutzmannschaft zu suchen.

Auch das Oberste Verwaltungs-Gericht

lehnt die Pleßbeschwerde ab.

Die Warschauer Blätter berichten, hat das Oberste Verwaltungsgericht den Einspruch des Fürsten von Pleß gegen die Veranlagung zur Einkommensteuer für die Jahre 1925 bis 1929 abgelehnt und die Entscheidungen der früheren Instanzen bestätigt. Die Begründung des Urteils, die hundert Schreibmaschinenseiten umfaßt, ist insofern auch wichtig, als sie sich auf gewisse juristische Grundsätze stützt, die auch in Zukunft bei ähnlichen Fällen entscheidend sein werden.

Bemerkenswert ist, daß einige Teile des Einspruches gegen die Steueranlagung anerkannt wurden. So entschied das Oberste Verwaltungsgericht, daß die Ausgaben für die Jubiläumsschmuckstücke der Tichauer Brauerei, für Jagden usw. nicht steuerpflichtig sind. Diese Ausgaben sind jedoch im Vergleich zu der Steuersumme von elf Millionen Zloty so gering, daß ihre Befreiung von der Steuerpflicht kaum ins Gewicht fällt.

Das Urteil des Obersten Verwaltungsgerichtes hat gleichzeitig festgestellt, daß die Steuereinschätzung auf einem unvorschriftsmäßigen Formular eingereicht wurde. Im Jahre 1925 hatte die Fürstlich Pleßische Güterdirektion diese Einschätzung nicht auf dem vorschriftsmäßigen Formular, sondern in Form einer Aufstellung auf einen besonderen Bogen eingereicht. Die Finanzbehörden stellten sich auf den Standpunkt, daß die Einschätzung unter diesen Umständen nicht erfolgt sei (!), da die Vorschriften ausdrücklich die Einreichung auf dem vorgeschriebenen Formular verlangen.

In der Klage beim Obersten Verwaltungsgericht führten die Bücherfachverständigen aber gleichzeitig an, daß die Einschätzung auch mündlich abgegeben werden kann und daß eine gemeinsame Ausführung der Einkünfte aus fünf

Unternehmen des Steuerzahlers auf dem Formular unmöglich sei.

Das Oberste Verwaltungsgericht stützte sich trotzdem auf den genauen Wortlaut der Vorschriften und stellte fest, daß die Benutzung des Formulars verbindlich sei.

*

Schwere Bluttat in einer Kirche.

In der Pfarrkirche in Krzeszowiz (Ost-Oberschlesien) ereignete sich — wie der „Oberschles. Kurier“ meldet — am Dienstag früh vor Beginn der hl. Messe eine schwere Bluttat. Als der Ortspfarrer Morawski, der seit 1924 Pfarrer von Krzeszowiz ist, die Sakristei verließ und die Altarstufen emporstieg, um die hl. Messe zu lesen, stürzte sich der geistesranke Stefan Piskorek auf den Pfarrer und stieß ihm ein Messer bis ans Hest in den Rücken. Nach der Tat zog der Wahnsinnige einen versteckt gehaltenen Hammer aus der Tasche und stürzte sich auf den in der Nähe stehenden Kaplan. Inzwischen waren aber mehrere Kirchenbesucher, die anfangs über die furchtbare Tat vor Schreck erstarrt waren, dem bedrängten Kaplan zur Hilfe geeilt und überwältigten den Wahnsinnigen. Der schwerverletzte Pfarrer wurde sofort in eine Klinik nach Krafaun geschafft, wo ihm das Messer auf operativem Wege entfernt wurde. Es besteht wenig Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten.

Piskorek, der erblich belastet ist und an Verfolgungswahn leidet, konnte sich bisher frei bewegen, da er sich sonst sehr ruhig verhalten hatte. Die Bluttat hat in Krzeszowiz und in der gesamten Umgebung große Aufregung hervorgerufen. Nach den Vorschriften des Kanonischen Rechts wurde die Kirche bis zur feierlichen Entführung geschlossen.

Das Moratorium für Privathypotheken um ein Jahr verlängert.

Durch Gesetz vom 29. März 1933 wurde bekanntlich für die Rückzahlung gewisser privater Hypotheken, die vor dem 2. Juli 1932 entstanden waren, ein Moratorium bis zum 1. Oktober 1934 festgesetzt. Wie heute halbamtlich gemeldet wird, wird dieses Moratorium bis zum 1. Oktober 1935 verlängert werden. Der Ministerrat hat, wie es in der Meldung der Polnischen Telegraphenagentur heißt, am gestrigen Donnerstag nachmittag ein Projekt für eine Verordnung des Staatspräsidenten zur Abänderung des fraglichen Gesetzes vom März 1933 beschlossen. Der Termin für die Rückzahlung dieser Hypotheken wurde bis 1. Oktober 1935 hinausgeschoben.

Das Hypothekensystem darf danach vor dem 1. Oktober 1935 nicht zurückgefordert werden. Ob das Gesetz, durch das bekanntlich auch der Zinssfuß der oben bezeichneten Hypotheken auf 6 Prozent herabgesetzt worden war, auch noch in anderer Hinsicht geändert werden soll, ist aus der PZ-Meldung nicht ersichtlich.

(Vergl. den Aufsatz im Wirtschaftsteil.)

Afghanistan in Genf willkommen.

Genf, 27. September. Die Politische Kommission hat sich am Mittwoch mit dem Eintritt Afghanistans in den Völkerverbund befaßt. Der Unterausschuss hat die Voraussetzungen für die Aufnahme dieses Staates geprüft und festgestellt, daß er alle Voraussetzungen erfülle. Afghanistan sei von der Mehrheit der europäischen und asiatischen Staaten anerkannt, es besitze eine stabile Regierung und feste Grenzen, sein Gebiet umfasse 760 000 Quadratkilometer, seine Bevölkerung zähle 10 Millionen, es sei ein unabhängiger souveräner Staat und leiste die Gewähr für die Erfüllung seiner internationalen Pflichten. Die Vertreter der Türkei, Indiens, Persiens, Sowjetrußlands, Großbritanniens, des Irak, Chinas, Frankreichs, Italiens begrüßten den Eintritt Afghanistans.

Die Alkoholbeschwerde

von der Tagesordnung abgesetzt.

In der gegenwärtigen Ratssitzung sollten auch die Petitionen über die Behandlung bei der Erteilung und Entziehung der Konzessionen zum Verkauf von alkoholischen Getränken in Polen behandelt werden, die auf Grund der Minderheitsbeschwerden vom Jahre 1919 dem Völkerverbund unterbreitet worden waren. Der Ratvorsitzende Minister Beneš schlug dem Rat vor, diese Frage von der Tagesordnung der gegenwärtigen Session abzusetzen. Entsprechend der Erklärung des Ministers Beck vom 13. September d. J., nach welcher Polen eine Zusammenarbeit mit den internationalen Organen auf dem Gebiet der Kontrolle der Minderheitsverpflichtungen ablehne, erklärte der polnische Delegierte Minister Raczynski, daß er auf das Wort verzichte.

Ohne Diskussion wurde beschlossen, diese Petitionen in der gegenwärtigen Session nicht zu behandeln.

4507 österreichische Nationalsozialisten

im Konzentrationslager.

Wien, 28. September. (PZ) Nach amtlichen Mitteilungen vom 22. September befanden sich an diesem Tage im Konzentrationslager Wellerzdorf 4507 Nationalsozialisten, darunter 818 auf Verfügung der Verwaltungsbehörden, der Rest auf Grund von Gerichtsurteilen. Außerdem befinden sich im Lager noch 556 Teilnehmer an der marxistischen Februar-Revolution. In dem offiziellen Communiqué heißt es weiter, daß gegenwärtig bei verschiedenen österreichischen Gerichten die Untersuchung gegen 43 Personen schwebt, die wegen Teilnahme an der Februar-Revolution verhaftet worden waren, u. a. gegen 5 Vorstandsmitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Die ursprüngliche Zahl der Verhafteten betrug über 2400, wobei es sich hauptsächlich um Mitglieder des Schutzbundes handelte.

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 28. September 1934.

Krautau — 2,75 (— 2,74), Zawichost + 1,51 (+ 1,51), Warschau + 1,41 (+ 1,44), Ploet + 0,90 (+ 1,94), Thorn + 1,00 (+ 1,05), Jordan + 1,08 (+ 1,12), Culm + 0,87 (+ 0,94), Graudenz + 1,13 (+ 1,20), Kurzebrat + 1,30 (+ 1,38), Bielitz + 0,65 (+ 0,75), Dirschau + 0,65 (+ 0,76), Einlage + 2,32 (+ 2,26), Schiemenhorst + 2,56 (+ 2,44). (In Klammern die Meldung des Vortages.)

Pleß-Beschwerde vertagt.

Auf der Tagesordnung der am Donnerstag nachmittag abgehaltenen öffentlichen Sitzung des Völkerverbunds stand als erster Punkt die Beschwerde des Prinzen von Pleß in seinen Steuerangelegenheiten. Der Berichterstatter, der spanische Delegierte, erklärte, daß das Komitee, in dem er den Vorsitz führe, infolge seiner weit verzweigten Aufgabe sich nicht schon jetzt zu dieser Frage äußern könne. Im Zusammenhange damit bat der Berichterstatter um Vertagung der Sache bis zur nächsten Session und wandte sich gleichzeitig an die polnische Regierung mit der Bitte, keine Maßnahmen zu treffen, die einen negativen Einfluß auf die Anwendung der Empfehlungen ausüben könnten, die das Komitee eventuell dem Rat vorschlagen würde.

Minister Beck gab darauf die Erklärung ab, daß sich die Pleß-Frage augenblicklich in den Händen der Gerichtsbahnen befinde. Nach den verpflichtenden Gesetzen habe der Richter sowohl die Interessen des Gläubigers, d. h. in diesem Falle des Staatsschatzes, als auch die Interessen des Schuldners, des Prinzen von Pleß, zu wahren. Entsprechend dem Vorschlage des Berichterstatters wurde die Sache hierauf vertagt.

Minister Beck auf dem Wege nach Warschau.

Genf, 28. September. (PZ) Minister Beck ist in Begleitung seines Kabinettschefs und seines Privatsekretärs am Donnerstag nachmittag nach Warschau abgereist. Das Geleit auf den Bahnhof gaben ihm der ständige polnische Delegierte beim Völkerverbund, Minister Raczynski, ferner der polnische Gesandte in Bern, Minister Rodzalewski und der polnische Delegierte für den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsbureaus, Minister Jurkiewica.

